

Auf einen Namen für ihr Joint Venture in der Vermögensverwaltung haben sich die beiden französischen Großbanken **Crédit Agricole** und **Société Générale** verständigt. Das neue Unternehmen, das sich mit 650 Milliarden Euro Assets under Management als drittgrößter europäischer Verwalter sieht, soll demnach unter dem Namen **Amundi** firmieren. Die beiden Institute hatten das Vorhaben zunächst im Januar dieses Jahres angekündigt und die entsprechenden Verträge im Juni unterzeichnet.

Die **Avana Invest GmbH** ist dem **BVI Bundesverband Investment und Asset Management (BVI)**, Frankfurt am Main, beigetreten. Der im August 2008 gegründete Asset- und Risikomanager mit Sitz in München betreibt Finanzportfolioverwaltung primär für institutionelle Kunden mit passiven Investmentfonds (ETFs). Mit dem neuen Mitglied gehören dem BVI 88 Gesellschaften als Vollmitglieder an: 68 Kapitalanlagegesellschaften, 15 Asset Manager und fünf Holdings, die insgesamt ein Vermögen von 1,6 Billionen Euro verwalten. Hinzu kommen 112 Infomitglieder.

Ihr Geschäftsmodell als Allfinanzkonzern gibt die niederländische **ING** mit dem angekündigten Verkauf ihrer Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaften auf. Die entsprechenden Einheiten sollen zunächst abgespalten und bis 2013 veräußert werden. Um die Hälfte der bislang erhaltenen staatlichen Hilfen von zehn Milliarden zurückzahlen zu können, hat die Gruppe zudem eine Kapitalerhöhung von insgesamt 7,5 Milliarden Euro angekündigt. Zuvor hatte die EU-Kommission Zweifel an der Zulässigkeit des Unterstützungspaketes geäußert und die Beihilfeprüfung ausgeweitet. Die beiden nun angekündigten Maßnahmen sieht das Institut als effektivsten Weg, eine Einigung mit der Kommission zu erzielen.

Die britische **Barclays Bank** übernimmt das Bankgeschäft des Versicherungskonzerns **Standard Life**. Der Kaufpreis wird bei voraussichtlich 226 Millionen britischen Pfund liegen, heißt es vom Unternehmen. Der betroffene Einlagenbestand wird auf 5,5 Milliarden Pfund beziffert, die auf rund 78 000 Konten liegen. Der Vollzug der Übernahme, die noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der britischen Behörden steht, wird für das erste Quartal 2010 in Aussicht gestellt. Im langfristigen Spar- und Fondsgeschäft wollen die

27. Oktober 2009 bis 6. November 2009

beiden Finanzdienstleister zukünftig zusammenarbeiten.

Für die Summe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro übernimmt die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, die **Sal.-Oppenheim-Gruppe**, Köln und Luxemburg, zu 100 Prozent. Ein entsprechender Rahmenvertrag zwischen dem Frankfurter Geldhaus und den Eigentümern der Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A., Luxemburg, wurde Ende Oktober 2009 unterzeichnet. Letzterer sieht vor, dass sich der Kaufpreis in Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter Risikopositionen erhöhen kann. Gleichzeitig haben die bisherigen Gesellschafter die Option, sich an der deutschen Privatbanktochter **Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA** in Köln, mit bis zu 20 Prozent zu beteiligen. Die Vermögensverwaltungsaktivitäten von Sal. Oppenheim sollen weiterhin unter der Marke der Privatbank geführt werden. Mit dem Erwerb der Luxemburger Holding gehen auch sämtliche Aktivitäten der deutschen Tochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, der **BHF-Bank AG** und das in einer eigenständigen Holding geführte Private Equity Dachfondsgeschäft der **Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A. (SOPEP)** auf die Deutsche Bank über. Zusätzlich erwirbt Letztere die **BHF Asset Servicing GmbH (BAS)**, die mehrheitlich von den Gesellschaftern der Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. gehalten wird. Ein Weiterverkauf der BAS werde beabsichtigt.

Die **Deutsche Pfandbriefbank**, Kerninstitut der **Hypo Real Estate AG**, München, hat ein Portfolio US-amerikanischer Wertpapiere mit einem Nominalwert von insgesamt 759 Millionen Euro verkauft. Bei dem Paket handelt es sich um forderungsbesicherte Papiere, sogenannte Collateralized Debt Obligations (CDO). Von der Transaktion verspricht man sich einen Buchgewinn im niedrigen einstelligen Millionenbereich, heißt es von der vollständig verstaatlichten Bank. Die CDO-Positionen wurden insgesamt sechs Bietern zugeteilt. Zuvor hatte sich die Pfandbriefbank bereits von einem Forderungsportfolio aus der Lehman-Brothers-Insolvenz mit einem Volumen von 233 Millionen Euro getrennt.

Ihr bislang gehaltenes Aktienpaket von 74 Prozent an der österreichischen **Privatinvest Bank** veräußert die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, an die **Zürcher Kantonalbank**. Die Transaktion, mit der das Frankfurter Institut einen Teil der mit der EU-Kommission im Rahmen der erhaltenen staatlichen Hilfen vereinbarten Auflagen erfüllt, steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kartell- und Aufsichtsbehörden. Anfang August dieses Jahres hatte das Institut bereits die Münchener Privatbank **Reuschel** abgegeben, die seit 1992 die Anteile an der Privatinvest gehalten hatte.

Ein erstes Stück ihres zum Verkauf stehenden Beteiligungsportfolios hat die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, nun veräußert. So hat der belgische Finanzinvestor **RHJ International** ein Anteilspaket von 20 Prozent an der Berliner **Quirin Bank AG** übernommen. Der Kaufpreis wird auf 10,4 Millionen Euro beziffert.

Ihren neuen Markenauftritt hat die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, Ende Oktober dieses Jahres vorgestellt. Die neue Wort-Bild-Marke besteht aus drei Elementen: dem Namen Commerzbank in einer neuen Schrifttype, der Farbe Gelb und dem dreidimensionalen Band, das auf die Bildmarke der fusionierten Dresdner Bank aufbaut.

Die **DZ Bank AG**, Frankfurt am Main, hat ihre Kapitalerhöhung im Volumen von 400 Millionen Euro im genossenschaftlichen Verbund platziert. Die neuen Aktien wurden zu einem Ausgabepreis von 7,90 Euro und in einem Bezugsverhältnis von 23:1 zur Zeichnung angeboten. Sie sind dividendenberechtigt für das Geschäftsjahr 2009.

Die beiden britischen Großbanken **Lloyds Banking** und **Royal Bank of Scotland (RBS)** erhöhen ihr Kapital um zusammen knapp 45 Milliarden britischen Pfund. Während Lloyds den überwiegenden Teil der benötigten 13,5 Milliarden britischen Pfund bei privaten Anlegern platziert – der Staat beteiligt sich darüber hinaus mit 5,8 Milliarden britischen Pfund, um seinen Aktienanteil von 43 Prozent aufrechtzuerhalten –, bekommt die RBS eine Summe von 25,5 Milliarden britischen Pfund allein aus den öffentlichen Kassen. Damit steigt der Staatsanteil an der RBS von 70 auf 84 Prozent.